

64. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. März 1954

137/J

A n f r a g e

der Abg. M a c h u n z e, D e n g l e r, R a i n e r, R e i c h und
Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend die Versorgung der nichteingebürgerten heimatvertriebenen Kriegs-
opfer.

-.-.-.-.-

Bereits seit längerer Zeit ist bekannt, dass das westdeutsche Ar-
beitsministerium die grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit
der Republik Österreich über die Frage der Versorgung nicht eingebürgerter
heimatvertriebener Kriegsopfer ausgesprochen hat. Obwohl dem Vernehmen nach
auf österreichischer Seite die gleiche Bereitwilligkeit besteht, haben die
Betroffenen den Eindruck, dass das zuständige österreichische Ministerium
dieser Frage nicht die entsprechende Aufmerksamkeit schenkt und die Auf-
nahme der Verhandlungen nicht energisch genug betreibt.

Um diesen Ansichten wirksam begegnen zu können, richten die unter-
zeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
folgende

A n f r a g e s

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, die Aufnahme der Verhandlungen
entsprechend zu betreiben?
2. Ist der Herr Bundesminister in der Lage, Mitteilungen darüber zu machen,
wann voraussichtlich mit einer Regelung der Kriegsopferversorgung der
nichteingebürgerten Heimatvertriebenen gerechnet werden kann?

-.-.-.-.-